



Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. M. 9.—, vierteljährl. M. 27.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 29.50 einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 40 Pfg. : Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Petitzeile oder deren Raum M. 1.—, auswärtig M. 1.20. : Reklamezeile M. 3.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluss der Anzeigenannahme: Täglich 8 Uhr vormittags. : In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Vertreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.



Nummer 3

Fernruf 179

Wildbad, Mittwoch, den 4. Januar 1922

Fernruf 179

56. Jahrgang

Sagespiegel.

Die Steueranschüsse des Reichstags haben sich bis 7. Januar vertagt. Bis jetzt ist noch keine Verständigung über die Steuervorlagen zustande gekommen, auch unter den Koalitionsparteien nicht.

Bei den zukünftigen Reichstagen sind insgesamt 255 000 Anträge auf Erlass von Kriegsschäden eingegangen. 125 000 Anträge betreffen Auslandschäden, 108 000 Inlandschäden und 22 000 Kolonialschäden.

Nach einer Pariser Meldung reiste Rathenau heute nach Cannes ab.

Das portugiesische Ministerium ist zurückgetreten.

Eine italienische Flotte ist aus Brindisi nach den albanischen und dalmatinischen Häfen ausgelaufen. Die südslawische Regierung in Belgrad hat eine Genehmigung wegen des Zwischenfalls in Sebenico abgelehnt. Die Spannung zwischen Italien und Südslawien hat sich verschärft.

Poltschewitsche Truppen mit Geschützen und Artillerie haben den Angriff auf Porajarvi (Karelien) begonnen.

Die Kohlennot.

W. W. Nicht nur die Verhandlungen im Reichskohlenrat, vielmehr noch die Mitteilung der Eisenbahnverwaltungen, daß die Kohlvorräte zusammengeschrumpft sind, zeigen die Größe und den Umfang der Kohlennot. Wenn auch die Förderung im November gestiegen ist, wenn auch die Gesamtförderung für 1921 voraussichtlich um 5 oder 6 Millionen Tonnen Steinkohlen höher sein wird als 1920, so ist damit doch keine Gewähr für die Überwindung der Kohlennot gegeben, im Gegenteil, ihre Schärfe wird noch zunehmen, da uns trotz aller Abmachungen der größte Teil der Förderung in Oberschlesien verloren gehen wird. Diese Förderung ist aber bei den statistischen Angaben immer berücksichtigt worden und hat viele über die Gefährlichkeit der Lage getäuscht. Die Gesamtmenge an Steinkohlen, die uns aus der Förderung im Inland noch zur Verfügung steht, beträgt ohne alle Abzüge nicht viel mehr als 115 Millionen Tonnen. Davon sind die Lieferungen für den Verband mit 25 Millionen Tonnen abzuziehen. Was bleibt, reicht nicht aus, die Bedürfnisse des Verkehrs, der Industrie und der Landwirtschaft zu decken, selbst wenn der Hausbrand durchweg auf die Braunkohle verwiesen wird.

Tatsache ist, daß es nicht möglich war, die Lieferungen an den Verband auszuführen, sodas die Wiederherstellungskommission schon das Verbot der Kohlenansuhr nach neutralen Ländern verlangt hat. Tatsache ist auch, daß die Eisenbahn einfach die für die Industrie bestimmte Kohle beschlagnahmt, weil ohne diese Gewaltmaßnahme der Verkehr zum Teil zum Erliegen gekommen wäre. Dafür hat die Industrie mit wachsenden Schwierigkeiten zu kämpfen. Welche Werte hier auf dem Spiel stehen, welche volkswirtschaftlichen Verluste bisher schon durch den Kohlenmangel entstanden sind, geht daraus hervor, daß die Industrie nicht in der Lage war, die verhältnismäßig günstige Wirtschaftslage voll auszunutzen. Wegen Kohlenmangels mußte sie auf manches belangreiche Auslandsgeschäft verzichten und damit auch auf die Beschaffung von Devisen, die für den Kohstoffbezug unentbehrlich sind. Neue Kohstoffe bedeuten wirtschaftlich neue Beschäftigung. Die Kohlennot wird in der nächsten Zeit an Schärfe zunehmen, ganz abgesehen davon, daß der Kohlentransport durch den unsinnig n Streik der Eisenbahner Westdeutschlands vorübergehend in völlige Stockung geriet. Was immer auch die deutsch-polnischen Verhandlungen ergeben werden, es ist wenig wahrscheinlich, daß der Osten Deutschlands wie bisher mit ober-schlesischer Kohle versorgt werden kann. Das wir die Braunkohlenförderung steigern können, bietet dafür keinen Ersatz. Industrie und Verkehr sind nun einmal auf die Steinkohlen angewiesen, nicht nur aus technischen, sondern auch noch mehr aus wirtschaftlichen Gründen. Heute genügt die Förderung an Steinkohlen nicht mehr, um nur die wichtigsten Verbraucher zu versorgen.

Indessen handelt es sich nicht nur um den Inlandsverbrauch, wir müssen auch ein Mehr an Steinkohlen

fordern, um hochwertige Ausfuhrsgüter zur Verfügung zu haben. Es hat sich nun gezeigt, daß der Fortfall der Ueberschichten nachteilig auf die Förderung wirkte. Am 14. März 1921 stellten die Bergleute im Ruhrgebiet das Verfahren von Ueberschichten ein. Die Minderförderung ist bis Ende Dezember auf rund 900 000 Tonnen Steinkohlen zu schätzen. Dabei lagen die Ueberschichten betriebstechnisch ungünstig, weil sie nur an zwei Tagen in der Woche verfahren wurden. Das bedeutete betriebstechnisch eine Energievergeubung, weil sich die Förderungsanlagen an den übrigen Arbeitstagen nicht voll ausnützen ließen. Wenn sich die Bergleute für die Wiedereinführung der Ueberschichten entscheiden, so ist es notwendig, sie auf alle Arbeitstage zu verteilen, um so die sonst unvermeidliche Verteuerung der Förderungskosten zu verhindern.

Was bedeutet „Kontrolle“?

W. W. Wenn ein Wort allzu oft ausgesprochen wird, verschiebt sich für viele, die es hören, die Bedeutung. So droht es mit dem Worte „Kontrolle“ zu geschehen. Seit Monaten wird von bevorstehenden Eingriffen unserer Gläubiger in unsere Finanz- und Staatsverwaltung geredet. In Deutschland wächst die Zahl der Menschen, die erklären: „Bei unserem einschläßigswachen, verhepten Volk hilft nur noch der Druck von außen!“ Andere wieder meinen, daß bei einer auswärtigen Finanzkontrolle nicht mehr, sondern weniger herauskommen werde als bei der bisherigen deutschen Finanzpolitik und daß daher Kontrollverträge nur von kurzer Dauer sein würden. Für einen richtigen Deutschen dürfte es eigentlich nur den einen Standpunkt geben: Aus eigenem Antrieb alle Anstrengungen zu machen, um eine fremde Finanzkontrolle zu vermeiden.

Wem mit dem Hinweis auf das Unwürdige einer fremden Kontrolle nicht beizukommen ist, möge sich vergewissern, welchen Zweck die Kontrolle haben würde. Es steht fest, daß England bereit ist, auf einen großen Teil seiner Finanzansprüche gegenüber seinen ihm verschuldeten europäischen Bundesgenossen, wie auch gegenüber Deutschland zu verzichten. Durch diesen Verzicht hofft England seine Ueberlegenheit im Welt-handel wieder herzustellen und im besonderen die durch die Verhältnisse erzwungene deutsche Schwebeltonkuranz auf dem Weltmarkt zu beseitigen. England wird aber auch den normalen und gesunden deutschen Handel bei dieser Gelegenheit ein für allemal lahmzulegen suchen. England dürfte also seinen Einfluß auf die deutsche Finanzkontrolle dahin geltend machen, daß Deutschland die Kontrolle aufhebt, im bisherigen oder im Vorkriegs-Umfang Ausfuhr zu treiben. Das bedeutet für Deutschland eine furchterliche Verschärfung der Arbeitsfrage unter gleichzeitiger Fortfall ausreichender Fürsorgefähigkeit durch das Reich. Die bisherige Handhabung des Entschädigungsprogrammes drohte uns mit finanziellem Ruin, die kommende „Revision“ beschwört über uns die Gefahr einer Wirtschaftskatastrophe g bis in Umfängen heraus. Eine Auslandskontrolle würde für uns keine Erleichterung, sondern eine ernste Verschärfung der Lage bedeuten.

Neues vom Tage.

Großadmiral von Tirpitz über seinen Rücktritt.

Berlin, 3. Jan. In der am 6. Januar erscheinenden Nummer des „Vrenztoren“ veröffentlicht Großadmiral Tirpitz unter dem Titel „Mein Abschied“ einen Artikel, dem insofern geschichtliche Bedeutung zukommt, als er die persönlichen und sachlichen Gegensätze beleuchtet, die im Großen Hauptquartier miteinander rangen. Der T. U. zufolge stellt Tirpitz fest, daß entgegen der Behauptung Bethmann-Hollwegs, die Pressekontrolle bei der Marine gemäß der schon im Frieden erlassenen Mobilmachungsbestimmung nicht dem Marineamt, sondern dem Admiralstab unterstellt war. Diese Feststellung ist deshalb wichtig, weil der Artikel der „Deutschen Tageszeitung“, der den Unwillen des Kaisers erregt hatte, dazu benutzt werden sollte, die unsachgemäße Handhabung der Pressezensur seitens des Marineamtes abzuwehren und den Rücktritt des Großadmirals von Tirpitz zu erzwingen. Dann kommt Tirpitz auf die Gründe seines Rücktritts zu sprechen. Seine „Arbeitsmeldung“ vom 8. März 1916 sei extoliat, als der Admiralstabschef mit der amtlichen

Mitteilung nach Berlin zurückgekehrt war, daß der Tauchbootkrieg endgültig aufgegeben sei. Durch die Ausschaltung dieser wichtigsten Kriegswaffe, die nur aus politischen Gründen nach dem Willen Bethmann-Hollwegs erfolgte, war nach der Ueberzeugung des Großadmirals Tirpitz mit großer Wahrscheinlichkeit mit einem verlorenen Krieg zu rechnen, wenn nicht der Friede bald zustande kam. Tirpitz erblickte in der Entscheidung eine starke Verletzung der ihm zustehenden Rechte und er verlangte, daß die Entscheidung rückgängig gemacht werde. Die Antwort war die Aufforderung an ihn, seinen Abschied einzureichen.

Der Eisenbahnerstreik beendet.

Berlin, 3. Jan. Der Aufforderung des Vorstands des Deutschen Eisenbahnerverbands, den Ausstand zu beenden, ist in Berlin und den meisten Bezirken des Westens mit wenigen Ausnahmen Folge geleistet worden. Auch in Essen wird die Rückkehr zur Arbeit heute erwartet. Es wird vorausgesetzt, daß die am 5. Januar beginnenden neuen Verhandlungen zu einer durchgreifenden Neuregelung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse führen werden.

Französisches Kapital in Oberschlesien.

Berlin, 3. Jan. Nach dem „Berl. Tagebl.“ soll in Oberschlesien eine französisch-polnische Bank mit einem Kapital von 200 Millionen deutschen Mark gegründet werden, das zur Hälfte von Polen übernommen wird. Das Geld wird von französischem Privatkapital gegeben.

Beschränkung der Befahrungskosten?

Brüssel, 3. Jan. In Cannes soll der Vorschlag gemacht werden, die Kosten für die Befahrungsheere auf 40 Millionen Goldmark zu besitzern. Die Länder, die diese Summe überschreiten, sollen in Zukunft diesen Fehlbetrag aus ihrer Tasche bezahlen.

Briand über ein englisch-französisches Bündnis.

Paris, 3. Jan. Briand hat vor seiner Abreise nach Cannes einem Berichterstatter der Londoner „Daily Mail“ erklärt, der Schlüssel für die Regelung der europäischen Lage liege in der Sicherheit Frankreichs. Ein Bündnis zwischen Großbritannien und Frankreich, wie es Frankreich bereits vorgeschlagen, bisher aber noch nicht erreicht habe, wäre der beste Beweis dafür, daß das französische F otenprogramm in keiner Weise gegen England gerichtet sei. Dieses Bündnis wäre auch der Ausgangspunkt für den Wiederaufbau Europas; dann könnten nach und nach andere Bündnisse daran geknüpft werden, etwa in der Art des Abkommens über das Stille Weltmeer.

„Daily Mail“ schreibt an anderer Stelle, daß in Frankreich die Ansicht überhand nehme, daß man die Tauchboote auf das Mittelmeer beschränken könne und sie auf keinen Fall als Zerstörer von Handelschiffen gebrauchen würde, wenn England seinerseits die Sicherheit der atlantischen Küste gewährleisten würde. Wenn diese Frage in Cannes zur Verhandlung komme, so werden die französischen Vertreter alles daran setzen, um England in dieser Hinsicht zu beruhigen.

Frankreichs schwerer Standpunkt in Cannes.

Paris, 3. Jan. Der „Intransigeant“ betont, daß die französisch-englischen Gegensätze auf der Konferenz von Cannes in Gegenwart der italienischen, belgischen, japanischen und sogar amerikanischen Zeugen aufgelöst würden. Der französische Standpunkt sei, Deutschland könne zahlen. Frankreich werde daher in Cannes einen schweren Stand haben und es müsse vor allem auf der Festigung des Wiesbadener Abkommens bestehen.

Unzufriedenheit mit der Sachverständigen-Konferenz.

Paris, 3. Jan. Wegen die Pläne, die auf der Konferenz der Vertreter von Industrie und Handel in Paris beraten wurden und die sich auf Ansichten Lloyd Georges gründen sollen, werden von belgischer Seite starke Bedenken erhoben, weil man glaubt, die belgischen Interessen seien bei dem beabsichtigten Wiederaufbau Rußlands nicht genügend berücksichtigt gegenüber der Beteiligung, die England, Frankreich, Amerika und Deutschland zugeordnet sei. Von belgischem Kapital seien schon vor dem Krieg drei Milliarden Franken in Rußland angelegt gewesen. Belgien habe also Anspruch auf höheren Anteil an der privaten Wiederaufbaugesellschaft, als vorgesehen sei. Die belgischen Minister Theunis und Jaspar werden auf ihrer Reise nach Cannes Gelegenheit nehmen, über die Angelegenheit mit der belgischen Vertretung in der Wiederherstellungskommission zu sprechen.

Die Londoner „Times“ schreiben, der gute Wille der Wiederaufbaugesellschaft sei anzuerkennen, man verweise aber in ihren Plänen die Angabe gangbarer Wege zu ihrem Ziel.

aus einem Wald ... weidlich Baum abhaut und forstföhrt, oder Aeste und Laub". Möglicherweise zielt die Bestimmung auch auf den vielleicht schon damals in der Pfalz üblichen Brauch des Weihnachtsbaumes ab.

Jagdglück. Bei einer Jagd auf Hochwild im Hagenbachrevier bei Freudenstadt konnte Forstwart Müller von Obertal einen starken Rehender zur Strecke bringen, den ersten Hirsch, der in diesem Gebiet geschossen wurde.

Die Fürstenbilder. In Bensheim (Bergstraße, Hessen) hatte die soz. Bürgerausschussfraktion den Antrag gestellt, die Büste des Großherzogs aus dem Bürgerausschussaal zu entfernen. Bürgermeister Lösslein weigerte sich, dies zu tun, wenn nicht ein Beschluß der Stadtverordneten vorliege, da es sich bei der Büste um eine Stiftung handle. Bei der Abstimmung wurde der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Demokraten abgelehnt.

Stadt und Land. Der Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reichs ist seit Jahrzehnten ununterbrochen gestiegen. 1871 gehörten den Städten mit 100 000 und mehr Einwohnern 4,8 Prozent, 1919 dagegen 24,9 Prozent der Gesamtbevölkerung an. Die Bevölkerung der Landgemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern fiel auf 22,59 Millionen oder 37,5 Prozent.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 4. Januar 1921.

Mietervereins-Versammlung. Am 30. Dezbr. 1921 fand im Gasthof zur „Sonne“ hier, eine gut besuchte Mieterversammlung statt. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den Vorstand erhielt Verbandssekretär Dietrich aus Pforzheim das Wort zu seinem Vortrag „Mietsteuer und andere Mieterfragen“. Er führte die Zuhörer in die neue Mietsteuer (Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues), ein und beleuchtete die dadurch geschaffene Belastung und Gefahr für die Mieter; auch das noch im Werden begriffene Reichsmietengesetz wurde besprochen. Der Vorsitzende eröffnete die Aussprache in welcher der Geschäftsführer Aufschluß über eingeholte Erkundigung beim Mieteinigungsamt Neuenbürg gab, auch betonte dieser, es möge das Reichsmietengesetz doch bald in Kraft treten, daß auch für Wildbad endlich einmal bei Mietaufschlägen das Gesetz (Mietsteigerung betreffend) und nicht nur die Willkür einzelner unerfahrener Vermieter, maßgebend ist. Auf eine Anfrage aus der Versammlung über die Höhe der hier zulässigen Mietpreissteigerung teilte er mit, daß ein allgemein gültiger Prozentsatz nicht festgelegt sei, daß aber bei der Ende Juni 1921 zwischen

dem Ausschuß des Hausbesitzer- und Mietervereins abgehaltenen Verhandlung eine Einigung dahin zustande kam, daß am kommenden Vierteljahreswechsel vor der Hand alten Mietbeträge zu entrichten seien. Nachdem der Vorstand des Hausbesitzervereins unterm 8. August 1921 dem M.-Verein mitteilte, er verspreche sich von weiteren Verhandlungen keinen Erfolg, so wurden auch keine weiteren Verhandlungen mehr geführt. Zudem ein Aufschlag zur Friedensmiete (1. 7. 14) z. Teil schon bis zu 230 % erfolgt ist, so glaubt er, daß die Mieterchaft ihre Pflicht und Schuldigkeit dem Vermieter gegenüber getan hat. Er kritisierte noch die Nachlässigkeit einiger Mitglieder, die sich die Aufschläge ohne weiteres gefallen lassen, anstatt das Mieteinigungsamt anzurufen. Um fernerhin den, den Mietern drohenden Unannehmlichkeiten wirksam entgegenzutreten zu können, wurde der Anschluß des Vereins an den Landesverband der Mietervereine in Württemberg und Hohenzollern einstimmig beschlossen. Unter Punkt „Verschiedenes“ kamen zum Teil lächerliche Forderungen von Seiten einzelner Vermieter ihren langjährigen Mietern gegenüber zur Sprache, wozu die Versammlung in vorgerückter Stunde Kenntnis nahm. Der Vorstand schloß gegen 11 Uhr die Versammlung.

Stadt Wildbad.

Brennholz-Verkauf.

Am Dienstag, den 10. Januar 1922 vorm. 10 Uhr auf dem Rathaus in Wildbad aus Stadtwald II Leonhardswald Abt. Sandsteigle und aus Stadtwald III Sommerberg Abt. Aushalde aus Stadtwald V Wanne Abt. Schlossersteigle

Nadelholz: Prügel 284 Rm., Anbruch 36 Rm., Reisprügel 52 Rm.

Die Beifuhr

von ca. 400 Mtr. Brennholz von Abtlig. Gütersberg, Mittelberg und Steigle zum Bahnhof Wildbad hat zu vergeben.

Chr. Bacher, Neuenbürg.

Offerte sind an die Tagblatt-Geschäftsstelle einzureichen unter Aufschrift: „Brennholzbeifuhr“.

Wildbad, den 3. Januar 1922.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß meine lb. Gattin, unsere lb. Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Karoline Gutbub,

geb. Pfeiffer, im Alter von 48 Jahren nach langer schwerer Krankheit in dem Herrn entschlafen ist.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:
Der tieftrauernde Gatte:
Christian Gutbub.

Beerdigung: Donnerstag nachm. halb 4 Uhr.

Fußball-Verein Wildbad.

Donnerstag abend 7/8 Uhr

Ausschuss-Sitzung

im Gasthaus zum „Anker“.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung (Generalversammlung) ist das Erscheinen aller Ausschussmitglieder dringend erforderlich.
Der Vorstand.

Schuhwaren

aller Art, von einfacher bis feinsten Ausführung, sowie verschiedene

Winter-Schuhwaren

in allen Größen bei mäßigen Preisen empfiehlt

Hermann Lutz.

Reparaturen gut und billig.



Neujahrswunschenthebungskarten

haben weiter gelöst:

Gustav Bott u. Frau, Hotel gold. Stern. Jf. Ebstein, Hotelier und Frau. Oberkassenvorsteher Kieferle u. Frau. Verwalter Staudenmaier u. Fam., Krankenhaus.

Insgesamt gingen für Neujahrswunschenthebungskarten 808 M. 50 Pf. ein, wofür dankend bescheinigen.

Wildbad, den 2. Januar 1922.

Stadtschultheiß: Böhner.

Ev. Stadtpfarrer:
Dr. Federlin.

Kath. Stadtpfarrer:
Fischer.

Berein

ehemaliger Soldaten und Kriegsteilnehmer.

Unser Kamerad

Christian Schill
Bauunternehmer,

ist gestorben.

Beerdigung Donnerstags nachmittag 2 1/2 Uhr.

Antreten 1/4 Stunde vorher. Zahlreiches Erscheinen erwartet

der Vorstand.

Kleiner Laden

in der Hauptstraße zu mieten gesucht.

Angebote unter W. R. 307

an die Tagblattgeschäftsstelle.

Tücht. Mädchen

welches schon gedient hat, wird auf 15. Januar oder 1. Februar gesucht. Auskunft durch die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Suche für meine beiden Töchter, 18—21 Jahre alt, Stellung als

Zimmermädchen

oder besseres Servierfräulein in Conditorei oder Café.

Gute Zeugnisse nebst Bild stehen zur Verfügung, auch persönliche Vorstellung. Off. sind zu richten an

Frau Zugmstr. Schöck,
Tübingen, Derendingerstr. 211.

Fieberthermometer

amtl. gepr.

Drogerie A. & B. Schmit.



Wildbad.

Heute abend
Singstunde.

W. V. W.

Morgen Donnerstag
mittag 3 Uhr

Versammlung

Kühler Brunnen.

Turn-Verein

Wildbad.

Die regelmäßigen Turnstunden der

Männerriege

beginnen am
Mittwoch, den 11. Januar.

Allen Gebern von freiwill. Gaben zur Verlosung sei hiermit nochmals herzl. Dank gesagt.

Der Vorstand.

Bei Husten, Heiserkeit

helfen prompt Dr. Bußleses Hustentropfen. Zu haben bei:
Gebr. Schmit, Med.-Drogerie

Wer tauscht

seine Wohnung (3 Zimmer) gegen sol. in Stuttgart oder ev. Reutlingen?!

Angeb. unt. A. B. an die Tagblattgeschäftsstelle.



Regenschirme

kaufen Sie am besten und billigsten nur beim

Fachmann

W. Runze,

Pforzheim

Schirmmachermeister,
nur Kronenstr. 3 nur
Reparaturen sofort.

Bei Husten, Heiserkeit, Verschleimung

trinkt
Hama Kräuter-Tee.
Zu haben
in der Stadtapotheke

Im Sohlen
und Flecken
empfiehlt sich
Friedrich Wiedmaier
Schuhmacher.

Klaviertechniker

und

Klavierstimmer

Willy Sattler,

Pforzheim,

Gellertstraße 18

kommt regelmäßig in all durch Motorrad erreichbaren Ortschaften.

Aufträge erbeten an die Tagblattgeschäftsstelle.

DRUCKARBEITEN

ein- und mehrfarbig
in jeder Ausführung

werden rasch u. billig
angefertigt von der



Buchdruckerei Wildbader Tagblatt

Inhaber: THEODOR GACK * * Fernsprecher Nr. 179

Damen- und Mädchen-Bekleidung.

Mäntel, Kostüme, Taillekleider,
Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.

C. Berner, Pforzheim, Eike Metzger- u. Blumenstr.